

9/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Kommunalwahlen in Hessen:

Der Verlust von Frankfurt wiegt besonders schwer

Mit den empfindlichen Stimmeneinbußen bei den Gemeinde- und Kreiswahlen in Hessen haben sich am Montag in Bonn Präsidium und Bundesvorstand befaßt. Über das Ergebnis der Diskussionen in den beiden Parteigremien haben der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, und der Vorsitzende der hessischen CDU, Ministerpräsident Walter Wallmann, die Öffentlichkeit unterrichtet. Beide lobten den engagierten Wahlkampf der hessischen CDU und bedauerten gleichzeitig, daß es nicht gelang, die politischen Erfolge der Union in Zustimmung auch auf dem Wahlzettel umzumünzen. Im einzelnen sagte Walter Wallmann:

Wir haben gestern eine schwere Niederlage erlebt. Aber dieser schwere Wahlverlust hat mit Sicherheit nicht an mangelndem Einsatz der hessischen Union gelegen. Im Gegenteil: Die Union hat sich in einer bemerkenswerten Weise engagiert.

Wir haben gestern allerdings nicht zum ersten Mal seit 1977, als wir landesweit ein großes Wahlergebnis hatten, empfindliche Stimmeneinbußen hinnehmen müssen, sondern bereits 1985 bei der Kommunalwahl vor vier Jahren haben wir eine Reihe von kreisfreien Städten und Landkreisen verloren.

Wir haben am stärksten in Frankfurt/Main verloren, allerdings auch vom höchsten Ergebnis her. Unter den kreisfreien Städten ist trotz dieser schweren

(Fortsetzung Seite 3)

HEUTE AKTUELL

● Helmut Kohl:

Wir müssen unsere Chancen für 1990 wahren. Seite 2

● Hessen

Vorläufiges amtliches Endergebnis der Kommunalwahlen am 12. März. Seite 5

● Ausländer

Verfassungsklage gegen kommunales Wahlrecht einstimmig beschlossen. Seite 29

● Gesundheitsreform

Norbert Blüm: Die Erfolge sind schneller eingetreten als erwartet. Seite 32

● Europa

Lothar Späth und Heiner Geißler in Ludwigsburg: Im Europawahlkampf geht es um mehr als um den Binnenmarkt. Seite 38

● Dokumentation

Der SPD-Wortbruch kommt die Berliner teuer zu stehen. Grüner Teil

● Öffentlichkeitsarbeit

Gesamtangebot der Informations- und Werbemittel der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Rosa Teil

Helmut Kohl: Wir müssen unsere Chancen für 1990 wahren

Wie Walter Wallmann, bestätigte auch der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, der hessischen CDU, daß sie trotz schwieriger Ausgangslage einen ungewöhnlich engagierten Wahlkampf geführt hat. Aber das Wahlergebnis — so Helmut Kohl weiter — schafft für uns eine ernste Situation. Der Bundesvorstand wird deshalb Mitte April noch einmal zwei Tage zusammenkommen, um die Vorbereitung der bevorstehenden Wahlkämpfe zu besprechen.

Das Problem, das im Augenblick die CDU beschäftigt, sei die Frage: Welche psychologischen Entwicklungen finden statt, wenn die CDU z. B. in Darmstadt oder Frankfurt derart schlechte Wahlergebnisse erziele, obwohl alle Indikatoren positiv seien? Die wirtschaftliche, die soziale Situation in diesen Städten sei beachtlich. Ob man nun die Arbeitslosenzahlen oder die Gesamtlage von Darmstadt betrachte: Daß die Grün-Alternativen 19 Prozent erreicht haben, ist ein Ergebnis, das nach den Worten des Bundeskanzlers sehr, sehr nachdenklich stimmen muß.

Seit Beginn der Amtszeit von Helmut Kohl sind wichtige Probleme im Bereich der Finanz-, der Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber auch der Außen- und Sicherheitspolitik erledigt worden. Für die wenigen Tage zwischen dem Berliner und dem hessischen Wahltag sind allein drei Ereignisse zu nennen, die langfristig von allergrößter Bedeutung sind, aber offensichtlich auf den Wähler wenig Eindruck gemacht haben: der Kompromiß über die große Rentenreform, die Grundsatzentscheidung in

der Postreform und die Ankündigung des amerikanischen Präsidenten, daß die in der Bundesrepublik Deutschland lagernden C-Waffen vorzeitig abgezogen werden.

Helmut Kohl: „Jedes für sich sind dies drei ganz wichtige Ergebnisse, große Erfolge unserer Politik. Aber bei der Umsetzung in Wählerstimmen hat sich gezeigt, daß diese Erfolge für selbstverständlich gehalten und nicht entsprechend honoriert werden.“

Wir müssen — so der Bundeskanzler —, wenn wir die Zukunft sichern wollen, unseren Kurs der Durchsetzung von Sachfragen fortsetzen und vor allem junge Leute von der Notwendigkeit der politischen Mitte, von der Notwendigkeit politischer Vernunft überzeugen.

Was die Republikaner und die NPD betrifft, gelte es für die CDU, Wähler aus beiden Gruppierungen zurückzugewinnen. Eine politische Zusammenarbeit mit diesen Gruppierungen komme jedoch nicht in Frage.

In 46 Monaten wird der große Europäische Markt Wirklichkeit sein, in 11 Jahren geht das Jahrhundert zu Ende. Wenn die notwendigen Entscheidungen der Zukunftssicherung jetzt nicht getroffen würden, „wenn wir“ — so der Bundeskanzler — „in Gefahr geraten, zukunftsunfähig zu werden, dann werden wir die Zeche bitter bezahlen müssen“.

Helmut Kohl: „Wir haben darüber nachzudenken, sehr intensiv und auch sehr selbstkritisch, was wir tun müssen, damit wir unsere Chancen für die Bundestagswahl 1990 wahren.“

Walter Wallmann: Die Mitte ist schmaler geworden

(Fortsetzung von Seite 1)

Stimmeneinbußen Frankfurt für die Union nach wie vor am besten. Aber das kann uns überhaupt nicht befriedigen, denn es sind nur 36,6 Prozent.

Ich möchte ganz deutlich sagen, die Verantwortung für diese schwere Wahlniederlage in Frankfurt trägt nicht der Oberbürgermeister Brück. Denn dieses Ergebnis, diese schweren Stimmeneinbußen sind ja kein singuläres Ergebnis, womit nichts verharmlost werden soll. Bemerkenswert immerhin ist — sowohl in Frankfurt als auch landesweit —, daß mit den schweren Stimmeneinbußen auf seiten der Union nicht etwa ein entsprechender Gewinn bei der SPD korrespondiert: Die SPD hat landesweit 1,4 Prozent dazugelegt, die Grünen haben 2,1 Prozent dazugelegt. In absoluten Zahlen hat die SPD etwa 70.000 Stimmen gewonnen bei 3,2 Millionen Wählerinnen und Wählern. Wir haben rund 110.000 Stimmen verloren. Die NPD hat sich landesweit von 0,4 Prozent auf 0,8 Prozent gesteigert. Am bedrückendsten ist, daß sie bei etwa 5,6 Prozent in Frankfurt angekommen ist. Es gibt gar keinen Zweifel, daß dieses nicht nur in Hessen und in der Bundesrepublik, sondern weit darüber hinaus, ich möchte behaupten: weltweit eine Schädigung des Ansehens der Stadt Frankfurt bedeutet.

Ich will etwas zur Frage Asylrechtsmißbrauch und Ausländerwahlrecht sagen, weil darüber diskutiert worden ist und sicherlich auch in den nächsten Tagen noch diskutiert werden wird: Zum Thema Asylrechtsmißbrauch nehmen wir seit längerer Zeit Stellung. Wir sind auch in besonderer Weise davon betroffen. In

Frankfurt haben wir unter allen Großstädten den höchsten Ausländeranteil. Er liegt über 20 Prozent, und wir haben im vergangenen Jahr von gut 100.000 Asylbegehrenden, die in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind, alleine 25.000, also 25 Prozent, in Hessen aufnehmen müssen.

Ich will zunächst einmal feststellen, daß in diesem Zusammenhang den Bürgerinnen und Bürgern gedankt werden muß, die nach meiner Überzeugung eine beachtliche Integrationsleistung erbracht haben.

Wenn man „das Ausländerthema“ sagt, dann ist dieses schon falsch. Es gibt „die Ausländerfragen“. Und wenn man sagt, in Frankfurt sind es über 20 Prozent Ausländer, dann vernachlässigt das, daß es Stadtteile mit 60 oder 70 Prozent Ausländeranteil gibt.

Für Asylrecht, aber gegen dessen Mißbrauch

Den Vorwurf, im hessischen Wahlkampf sei so etwas wie Ausländerhetze betrieben worden, weise ich mit aller Deutlichkeit und Schärfe zurück. Davon kann überhaupt keine Rede sein. Wir haben zur Sache Stellung genommen, und wir haben immer und immer wieder zum Ausdruck gebracht: Wer den Artikel 16 bewahren will — und wir wollen das, und die hessische Landesregierung will z.B. auch keinen Gesetzesvorbehalt —, wer diesen Artikel 16 bewahren will, und dazu gehört auch die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern, der kann Mißbrauchstatbestände von über 90 Prozent nicht dulden. Hier ist unter allen Umständen Handeln gefordert.

Das Thema Ausländerwahlrecht ist nicht wegen der Wahlergebnisse von Berlin auf die Tagesordnung gekommen, sondern nachdem in Hamburg und Schleswig-Holstein dazu Entscheidungen getroffen worden sind. Und wir wissen, daß diese Frage nicht etwa nur Menschen, die sich politisch zu den Rechten hingezogen fühlen, bewegt. Es ist vielmehr eine breite Mehrheit, die von diesem Thema wie auch von dem Asylrechtsmißbrauch bewegt wird. Es geht darum, mit Augenmaß, mit Vernunft, aber auch in aller Klarheit dazu Position zu beziehen.

Ich will schließlich etwas zu dem Thema sagen, das uns alle in der Union am meisten berührt. Ich habe ja eben schon gesagt, die SPD hat bei weitem nicht so viel gewonnen, wie wir verloren haben. Darin muß ich eine Auszehrung der Mitte sehen. Aus welchen Gründen immer: Wir haben in Frankfurt etwa 17 Prozent rechts und links. Die Mitte ist schmaler geworden. Und ich glaube, nachdem das in Berlin bereits in etwa der gleichen Größenordnung zu beobachten war, können wir nicht davon ausgehen, daß es nur einmalige Ergebnisse sind, so etwas wie ein Unfall, sondern daß hier eine Tendenz erkennbar wird, und wir haben uns intensiv mit dieser Frage zu befassen.

Die SPD hat die linken Alternativen hoffähig gemacht

In dem Zusammenhang spielt für mich eine wichtige Rolle, daß z.B. 68 Prozent der Menschen in Frankfurt der Auffassung sind, daß die Stadt glänzend dasteht. Aber ich muß auch hinzufügen, 60 Prozent der Befragten sind der Auffassung, daß die Wohnungssituation in Frankfurt negativ zu beurteilen ist.

Es gilt die Feststellung zu treffen, daß am rechten Wählerstrand eine Enttabuisierung stattfindet. Woher das kommt? Wir haben uns eben lange darüber im Bundesvorstand und vorher im Präsidium unterhalten. Wir meinen, es hat damit zu tun, daß die SPD in den vergangenen Jahren die linken Alternativen zunehmend hoffähig gemacht hat.

Die geistigen Auseinandersetzungen finden in den großen Städten statt

Sie werden verstehen, daß ich nicht nur darüber betroffen bin, daß wir Frankfurt verloren haben, sondern daß wir mit Ausnahme von Stuttgart in keiner der großen Metropolen mehr die Mehrheit haben. Dabei findet in den großen Städten die geistige Auseinandersetzung statt. Da sind die intellektuellen Spannungsfelder. Auch das scheinbar Unpolitische wirkt natürlich in die Politik hinein. Fragen von Kunst, Kultur, Bildung und Hochschule sind nur vordergründig zweitrangig. Wir müssen alles tun, um hier eine Trendwende herbeizuführen. Es wäre verhängnisvoll, wenn nur noch die SPD mit den Grünen zusammen (die SPD alleine ist dazu ja nicht mehr imstande) Mehrheiten in den großen Städten bilden würde.

Wir müssen dafür sorgen, daß die Mitte wieder gestärkt wird

Was die NPD betrifft, so ist es nicht das erste Mal, daß sie im Frankfurter Stadtparlament sitzt. Ich bin selber Landtagsabgeordneter gewesen, als sie 1966 in den hessischen Landtag gekommen ist. Ich hoffe, daß sich auch diesmal keine demokratische Partei der Auseinandersetzung mit den radikalen Gruppen entzieht. Wir müssen dafür sorgen, daß die Mitte wieder gestärkt wird.

Die Kommunalwahlen in Hessen am 12. März 1989

(Vorläufiges amtliches Endergebnis)

	Gemeinderatswahlen ¹⁾				Kreistagswahlen ²⁾			
	1989		1985		1989		1985	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	4 185 526		4 097 995		3 263 635		3 176 363	
Wahlbeteiligung	3 269 535	78,1	3 106 554	75,8	2 584 413	79,2	2 450 478	77,1
Gültige Stimmen	3 186 174		3 042 269		2 520 553		2 395 576	
CDU	1 061 164	33,3	1 174 763	38,6	869 129	34,5	969 802	40,5
SPD	1 418 163	44,5	1 336 584	43,9	1 137 048	45,1	1 051 937	43,9
Grüne	222 353	7,0	148 970	4,9	216 587	8,6	163 881	6,8
FDP	139 681	4,4	133 637	4,4	116 298	4,6	132 234	5,5
DKP	18 756	0,6	10 732	0,4	19 907	0,8	10 123	0,4
NPD	24 018	0,8	1 015	0,0	23 782	0,9	3 409	0,1
ÖDP	5 609	0,2	341	0,0	15 643	0,6	—	—
Republikaner	2 131	0,1	—	—	21 085	0,8	—	—
Sonstige Parteien	1 778	0,1	4 134	0,2	—	—	2 503	0,1
Wählergruppen	292 521	9,2	232 093	7,6	101 074	4,0	61 687	2,6

¹⁾ Kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden

²⁾ Ohne kreisfreie Städte

Vergleich zu anderen Wahlen

	Bundestagswahl 1987		Landtagswahl 1987	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	4 179 951		4 167 871	
Wahlbeteiligung	3 582 159	85,7	3 346 992	80,3
Gültige Stimmen	3 539 809		3 313 184	
CDU	1 463 043	41,3	1 395 411	42,1
SPD	1 370 454	38,7	1 331 760	40,2
Grüne	334 227	9,4	311 395	9,4
FDP	323 594	9,1	259 133	7,8
DKP	—	—	9 168	0,3
NPD	27 076	0,8	—	—
ÖDP	8 040	0,2	4 627	0,0
Republikaner	—	—	—	—
Sonstige Parteien	13 375	0,4	1 690	0,0
Wählergruppen	—	—	—	—

Sitze

	1989	1985
CDU	699	821
SPD	928	895
Grüne	190	129
FDP	58	73
DKP	—	—
NPD	12	—
ÖDP	—	—
Republikaner	15	—
Sonstige	—	—
Wählergr.	58	36
insgesamt	1960	1954

Mandate aus den Stadtverordnetenwahlen in den kreisfreien Städten und den Kreistagswahlen

Einzelergebnisse der Gemeinderatswahlen in den kreisfreien Städten

	Wahl- beteil.	Diff. CDU 85/89 in %	CDU	SPD	Grüne	FDP	Rep.	Wähler- gr.
Darmstadt								
G 1989	72,8	-6,9	26,8	42,9	19,0	6,0	—	4,0
G 1985	71,5		33,7	45,6	9,5	5,8	—	5,0
B 1987	84,1		35,9	36,7	14,9	11,2	—	—
L 1987	77,9		37,1	37,4	15,7	9,3	—	0,2
Frankfurt am Main								
G 1989*	77,2	-13,0	36,6	40,1	10,1	4,9	—	—
G 1985	72,5		49,6	38,6	8,0	2,6	—	—
B 1987	80,8		40,9	34,4	13,9	9,1	—	—
L 1987	75,7		44,1	34,5	14,3	6,3	—	—
*) NPD 6,6 (0,0)								
Offenbach								
G 1989	70,3	-6,6	35,6	40,1	10,1	5,6	—	6,0
G 1985	67,9		42,2	43,3	8,3	5,5	—	—
B 1987	79,9		41,5	38,2	10,4	8,4	—	—
L 1987	72,8		43,1	38,7	11,2	6,4	—	—
Wiesbaden								
G 1989	70,5	-8,7	33,4	49,5	8,8	7,0	—	—
G 1985	66,6		42,1	43,9	6,9	6,3	—	—
B 1987	81,5		41,0	36,0	10,9	10,7	—	—
L 1987	75,3		42,2	38,1	10,7	8,6	—	—
Kassel								
G 1989	73,5	-4,1	29,5	50,5	12,3	6,6	—	—
G 1985	73,7		33,6	51,7	8,5	5,7	—	—
B 1987	83,8		33,6	43,9	12,3	9,1	—	—
L 1987	78,7		34,4	45,6	11,6	7,8	—	—

G = Gemeinderatswahl
K = Kreistagswahl
B = Bundestagswahl (Zweitstimmen)
L = Landtagswahl

Einzelergebnisse der Gemeinderats- und Kreistagswahlen in den Landkreisen

	Wahl- beteil.	Diff. CDU 85/89 in %	CDU	SPD	Grüne	FDP	Rep.	Wähler- gr.
Bergstraße								
G 1989	77,9	-4,5	37,3	42,6	3,7	3,7	—	12,3
G 1985	76,5		41,8	42,0	2,5	4,4	—	9,2
K 1989	77,8	-7,2	38,2	43,4	9,0	3,6	—	4,2
K 1985	76,4		45,4	42,9	6,6	4,7	—	—
B 1987	87,3		44,6	37,8	7,9	8,4	—	—
L 1987	79,5		45,7	39,4	7,7	6,7	—	—
Darmstadt-Dieburg								
G 1989	78,7	-4,1	33,2	47,1	6,8	3,1	—	8,9
G 1985	77,4		37,3	45,3	5,2	4,1	—	7,4
K 1989	78,6	-6,7	33,9	48,3	11,2	5,1	—	—
K 1985	77,3		40,6	43,6	8,2	4,9	—	2,0
B 1987	87,0		40,5	38,8	10,2	9,1	—	—
L 1987	81,1		41,1	40,7	10,2	7,5	—	—
Groß-Gerau								
G 1989	77,6	-5,8	28,3	51,5	8,1	4,7	—	5,8
G 1985	75,8		34,1	51,2	1,1	4,2	—	8,4
K 1989	77,5	-6,1	28,6	51,6	12,1	4,3	—	—
K 1985	75,7		34,7	49,7	10,4	4,5	—	—
B 1987	87,0		37,7	41,8	11,2	7,8	—	—
L 1987	80,9		37,6	44,0	11,5	6,2	—	—
Hochtaunuskreis								
G 1989	78,0	-4,0	37,1	31,2	9,9	6,7	—	15,0
G 1985	75,3		41,1	33,5	5,8	7,0	—	12,3
K 1989	78,3	-3,8	42,9	34,8	11,1	8,6	—	—
K 1985	75,3		46,7	35,0	8,6	9,3	—	—
B 1987	87,1		45,6	29,0	10,0	14,0	—	—
L 1987	82,0		48,7	30,7	9,9	10,4	—	—
Main-Kinzig-Kreis								
G 1989	78,6	-3,6	34,8	46,0	5,5	4,0	—	7,6
G 1985	76,6		38,4	46,6	4,0	4,5	—	5,8
K 1989*	78,6	-8,3	35,0	45,7	8,2	4,2	—	—
K 1985	76,5		43,3	44,3	6,7	5,1	—	—
B 1987	85,7		43,7	38,0	8,6	8,2	—	—
L 1987	80,5		44,0	39,0	8,7	7,6	—	—

*) NPD 5,2 (0,0)

	Wahl- beteil.	Diff. CDU 85/89 in %	CDU	SPD	Grüne	FDP	Rep.	Wähler- gr.
Main-Taunus-Kreis								
G 1989	78,7	-4,4	40,3	33,2	2,6	6,8	—	16,5
G 1985	75,4		44,7	31,4	1,7	7,2	—	14,8
K 1989	78,7	-5,7	40,8	33,7	9,5	6,8	—	7,4
K 1985	75,3		46,5	31,7	8,1	7,5	—	5,9
B 1987	87,5		46,9	28,6	10,2	12,9	—	—
L 1987	82,2		49,8	29,8	10,3	9,9	—	—
Odenwaldkreis								
G 1989	81,8	-2,6	19,7	48,3	4,7	1,0	—	25,9
G 1985	81,4		22,3	48,1	3,1	1,4	—	24,9
K 1989	81,8	-5,1	26,0	50,6	9,1	2,4	—	12,0
K 1985	81,3		31,1	49,7	6,4	3,1	—	9,3
B 1987	87,7		39,2	43,8	8,3	7,4	—	—
L 1987	83,4		37,5	47,7	7,9	7,0	—	—
Offenbach								
G 1989	77,4	-4,0	41,6	35,9	8,9	4,8	—	8,3
G 1985	74,5		45,6	37,6	6,9	5,3	—	4,2
K 1989	77,3	-5,9	41,4	37,1	10,8	4,9	—	4,1
K 1985	74,3		47,3	37,7	9,1	5,4	—	—
B 1987	86,6		45,2	33,0	10,4	10,0	—	—
L 1987	80,3		46,7	34,4	11,2	7,3	—	—
Rheingau-Taunus-Kreis								
G 1989	79,0	-4,8	35,7	40,6	6,6	5,4	0,4	11,3
G 1985	74,3		40,5	40,2	4,9	5,6	—	8,8
K 1989	78,9	-10,1	32,3	37,8	8,9	5,4	10,5	2,9
K 1985	74,2		42,4	39,0	7,5	6,4	—	4,7
B 1987	86,4		44,5	33,4	9,6	11,0	—	—
L 1987	80,8		45,4	35,9	9,3	8,9	—	—
Wetteraukreis								
G 1989	79,3	-4,8	33,0	43,2	5,7	2,9	1,1	12,7
G 1985	77,1		37,8	46,1	4,6	3,5	—	7,5
K 1989*	79,2	-10,8	30,8	40,5	7,3	4,2	7,0	4,7
K 1985	77,0		41,6	44,6	6,5	5,8	—	—
B 1987	85,8		42,0	39,1	7,8	9,0	—	—
L 1987	81,0		43,5	40,0	7,8	8,2	—	—
*) NPD 4,7 (1,3)								
Gießen								
G 1989	78,9	-3,9	30,7	43,2	9,8	3,7	—	12,2
G 1985	77,6		34,6	42,9	7,4	3,0	—	11,3
K 1989	78,8	-4,8	30,7	44,2	9,7	3,9	—	10,6
K 1985	77,5		35,5	42,8	7,6	4,3	—	8,4
B 1987	86,0		38,9	40,4	9,7	9,7	—	—
L 1987	80,9		39,6	41,4	9,9	8,8	—	—

	Wahl- beteil.	Diff. CDU 85/89 in %	CDU	SPD	Grüne	FDP	Rep.	Wäh- ler- gr.
Lahn-Dill-Kreis								
G 1989	72,8	-4,8	27,5	45,1	4,4	3,4	—	19,2
G 1985	70,6		32,3	44,1	3,0	3,8	—	16,6
K 1989	72,8	-7,0	29,4	47,5	6,6	4,0	—	11,5
K 1985	70,6		36,4	45,2	5,1	4,5	—	7,8
B 1987	83,1		39,8	43,9	6,8	7,9	—	—
L 1987	75,8		40,4	45,1	6,9	7,3	—	—
Limburg-Weilburg								
G 1989	79,1	-3,1	41,0	44,5	4,4	2,7	—	7,4
G 1985	77,4		44,1	43,8	2,9	2,5	—	6,8
K 1989	79,0	-2,6	44,9	43,9	6,9	3,3	—	—
K 1985	77,3		47,5	43,1	5,2	3,9	—	—
B 1987	86,7		47,4	37,9	6,8	6,9	—	—
L 1987	81,7		48,0	39,6	6,4	5,7	—	—
Marburg-Biedenkopf								
G 1989	79,0	-6,5	30,0	42,9	8,3	1,9	—	15,1
G 1985	77,9		36,5	43,6	5,3	1,7	—	11,3
K 1989	78,8	-7,0	35,2	45,1	9,9	—	—	7,4
K 1985	77,8		42,2	41,3	7,1	2,4	—	5,2
B 1987	86,6		38,9	41,1	10,6	8,2	—	—
L 1987	80,7		40,5	41,6	10,4	6,9	—	—
Vogelsbergkreis								
G 1989	81,2	-5,3	26,1	50,9	1,3	3,9	—	17,7
G 1985	81,4		31,4	48,5	1,9	4,3	—	13,9
K 1989	81,2	-5,3	30,6	49,1	6,2	5,5	—	8,7
K 1985	81,4		35,9	50,3	4,5	9,0	—	—
B 1987	86,0		39,5	42,5	6,5	10,2	—	—
L 1987	82,9		37,2	43,6	5,8	12,9	—	—
Fulda								
G 1989	81,5	-5,1	50,0	30,2	3,6	2,8	—	12,9
G 1985	77,6		55,1	27,0	1,9	3,2	—	12,4
K 1989	81,2	-6,1	51,0	30,0	5,7	3,9	—	8,3
K 1985	77,5		57,1	25,8	4,6	5,0	—	7,0
B 1987	88,5		62,8	23,1	5,7	7,3	—	—
L 1987	83,4		62,4	25,0	5,4	6,5	—	—
Hersfeld-Rotenburg								
G 1989	84,2	+ 0,6	35,1	52,4	4,0	3,1	—	4,1
G 1985	81,7		34,5	54,2	2,9	4,3	—	4,1
K 1989*	84,2	-2,9	32,8	51,9	6,8	3,5	—	—
K 1985	81,7		35,7	53,5	5,0	4,6	—	0,3
B 1987	88,2		37,2	47,8	6,6	6,9	—	—
L 1987	84,5		36,6	50,6	6,0	6,6	—	—

*) NPD 5,0 (0,8)

	Wahl- beteil.	Diff. CDU 85/89 in %	CDU	SPD	Grüne	FDP	Rep.	Wähler- gr.
Kassel								
G 1989	82,3	-4,3	23,8	61,4	5,8	3,0	—	5,7
G 1985	81,0		28,1	57,9	5,2	3,0	—	5,7
K 1989	82,2	-4,7	25,2	60,9	8,4	4,6	—	—
K 1985	80,9		29,9	57,9	6,8	5,0	—	—
B 1987	90,0		31,6	52,6	7,8	7,2	—	—
L 1987	85,6		30,6	54,9	7,3	6,9	—	—
Schwalm-Eder-Kreis								
G 1989	84,9	-4,9	24,9	58,4	4,9	5,5	—	6,1
G 1985	83,8		29,8	54,7	4,0	6,1	—	5,4
K 1989	84,8	-4,7	27,3	58,1	7,0	6,0	—	—
K 1985	83,8		32,0	54,3	5,5	6,5	—	1,5
B 1987	89,6		33,4	50,4	7,0	8,1	—	—
L 1987	86,4		32,5	52,0	6,8	8,5	—	—
Waldeck-Frankenberg								
G 1989	79,5	-2,3	28,7	42,0	3,4	6,0	—	19,1
G 1985	76,5		31,0	40,3	3,2	8,1	—	17,4
K 1989	79,5	-1,6	33,0	45,1	5,1	6,5	—	8,7
K 1985	76,4		34,6	42,7	5,2	9,3	—	7,9
B 1987	86,0		39,4	41,8	6,3	10,9	—	—
L 1987	81,0		37,7	43,1	5,9	12,7	—	—
Werra-Meißner-Kreis								
G 1989	82,4	-5,1	23,9	58,4	4,5	4,5	—	7,6
G 1985	81,4		29,0	54,1	3,2	5,3	—	7,6
K 1989	82,4	-5,1	26,2	58,5	6,6	7,4	—	—
K 1985	81,3		31,3	55,8	5,0	7,3	—	—
B 1987	88,1		35,6	49,7	6,3	7,4	—	—
L 1987	84,3		34,5	52,2	6,0	7,0	—	—

Einzelergebnisse der Gemeinderatswahlen in Städten mit über 50 000 Einwohnern

Rüsselsheim

G 1989	74,6	-6,6	30,1	45,5	12,7	5,9	—	4,4
G 1985	71,9		36,7	46,9	—	5,4	—	9,3
B 1987	85,7		37,8	41,0	11,3	8,1	—	—
L 1987	78,4		38,2	43,2	11,7	6,3	—	—

Bad Homburg

G 1989	74,7	-4,5	45,6	29,3	12,9	10,6	—	1,6
G 1985	70,9		50,1	30,2	9,1	10,2	—	—
B 1987	85,3		48,1	26,4	9,6	14,6	—	—
L 1987	80,1		51,8	27,7	9,4	10,8	—	—

	Wahl- beteil.	Diff. CDU 85/89 in %	CDU	SPD	Grüne	FDP	Rep.	Wäh- ler- gr.
Hanau								
G 1989	73,0	-6,4	31,8	52,0	8,8	5,0	—	—
G 1985	74,4		38,2	51,1	5,6	4,7	—	—
B 1987	82,3		44,3	36,5	9,2	8,2	—	—
L 1987	75,8		44,5	37,4	10,1	7,2	—	—
Gießen								
G 1989	71,3	-10,0	33,2	45,6	13,8	6,0	—	—
G 1985	70,7		43,2	40,3	8,4	5,3	—	—
B 1987	82,2		39,6	36,3	12,9	9,7	—	—
L 1987	75,8		41,4	37,1	13,1	7,9	—	—
Wetzlar								
G 1989	70,5	-6,7	27,4	48,5	7,6	5,7	—	10,8
G 1985	69,2		34,1	48,7	5,5	5,6	—	5,4
B 1987	82,1		38,1	43,5	8,1	8,6	—	—
L 1987	75,6		39,5	44,9	7,9	7,4	—	—
Marburg								
G 1989*	75,8	-12,9	23,3	36,9	17,6	4,2	—	12,1
G 1985	75,9		36,2	40,8	11,4	4,4	—	2,0
B 1987	86,5		33,1	35,3	20,4	10,4	—	—
L 1987	80,5		34,9	35,5	20,3	8,0	—	—
*) DKP 5,8 (5,2)								
Fulda								
G 1989	76,3	-3,0	47,9	31,0	5,7	5,0	—	10,4
G 1985	71,3		50,9	27,0	5,6	7,0	—	9,5
B 1987	84,6		59,3	24,9	6,3	8,1	—	—
L 1987	78,5		59,9	26,6	6,1	6,7	—	—

Ergebnisse der Gemeinderatswahlen seit 1946¹

Art der Angabe	1946	1948	1952	1956	1960	1964	1968	1972	1977	1981	1985	1989
Wahlbeteil.	82,0	81,2	76,8	78,0	80,0	79,3	76,8	81,4	79,6	76,4	75,8	78,1
Stimmenanteil in % für												
CDU	32,0	22,9	12,9	15,9	19,5	21,1	22,6	33,3	44,8	44,8	38,6	33,3
SPD	43,6	32,8	31,6	38,9	40,4	43,8	43,3	49,5	42,1	39,9	43,9	44,5
Grüne	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,7	4,9	7,0
FDP ²	4,8	12,9	8,4	5,5	6,2	5,6	5,9	4,8	4,8	5,4	4,4	4,4
Sonstige ³	8,3	9,9	11,3	7,1	5,8	4,0	3,9	0,9	1,1	0,6	0,5	1,8
Wählergr.	11,3	21,5	35,8	32,6	28,1	25,5	24,2	11,5	7,2	7,6	7,6	9,2

¹) Jeweiliger Gebietsstand. — ²) Bis 1948: LDP. — ³) Überwiegend: bis 1948 KPD, 1952 bis 1964 BHE (verschiedene Parteibezeichnungen), 1968 NPD, ab 1972 DKP.

Ergebnisse der Kreistagswahlen seit 1946¹

Art der Angabe	1946	1948	1952	1956	1960	1964	1968	1972	1977	1981	1985	1989
Wahlbeteil.	75,7	84,4	82,5	81,5	83,6	83,4	81,3	84,0	82,0	78,2	77,1	79,2
Stimmenanteil in % für												
CDU	38,0	30,8	17,3	20,1	25,8	28,1	29,3	38,0	47,4	46,9	40,5	34,5
SPD	44,1	36,3	37,7	46,3	47,2	51,2	50,3	51,5	42,7	39,8	43,9	45,1
Grüne	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,3	6,8	8,6
FDP ²	6,2	21,6	13,0	7,5	9,3	11,1	9,9	6,0	5,1	6,1	5,5	4,6
Sonstige ³	9,7	10,6	17,1	11,4	10,0	7,1	8,4	1,3	1,3	0,7	0,7	3,1
Wählergr.	2,0	0,7	14,9	14,7	7,7	2,6	2,0	3,3	3,4	2,2	2,6	4,0

¹⁾ Jeweiliger Gebietsstand. — ²⁾ Bis 1948: LDP. — ³⁾ Überwiegend: bis 1948 KPD, 1952 bis 1964 BHE (verschiedene Parteibezeichnungen), 1968 NPD, ab 1972 DKP.

SPD-Programm

Verschämtes Werben um Rot-Grün

In einer ersten Stellungnahme zum Entwurf eines SPD-Grundsatzprogramms, zu dem Generalsekretär Heiner Geißler eine eingehende Analyse vorlegen wird, erklärt CDU-Bundesgeschäftsführer Peter Radunski:

Der Entwurf des SPD-Grundsatzprogramms entlarvt die politische Orientierungslosigkeit der SPD. Er ist ein Potpourri der Bequemlichkeit und Gemütlichkeit. Vor allem aber ist er ein verschämtes Werben um ein rot-grünes Bündnis nach dem Muster des Wortbruchs von Berlin. Die Sozialdemokraten haben in der Opposition noch immer keine politische Linie gefunden, um auf die zentralen Zukunftsfragen der deutschen Politik eine richtungweisende Antwort zu geben. Eine Alternative zu der erfolgreichen Regierungspolitik ist der SPD mit dem Programmentwurf nicht gelungen.

SPD-Politik auf der Grundlage dieses neuen Programms bedeutet:

- Mißtrauen gegenüber der Marktwirtschaft,
- Glaube an die staatliche Planung der Wirtschaft,
- Sozialpolitik auf Pump und zu Lasten der jungen Generation,
- höhere Steuern für die Verbraucher und mehr Schulden,
- Isolierung der Deutschen in Europa und im westlichen Bündnis.

Saarhilfen

Zählt man alles zusammen, so hat der Bund von 1983 bis 1987 finanzielle Leistungen für das Saarland in Höhe von 7,6 Mrd. DM erbracht. Unter anderem gewährt der Bund Sonderhilfen von jährlich 175 Mio. DM sowie — ab 1989 — weitere 112 Mio. DM pro Jahr nach dem Strukturhilfegesetz.

Hochschulbau

Die Bundesregierung will die Engpässe an den Hochschulen mit einem Hilfsprogramm beheben. Danach sollen in den nächsten sieben Jahren 2,1 Mrd. DM aufgebracht werden. Die Kosten werden zwischen Bund und Ländern geteilt.

Verfassungsklage gegen kommunales Wahlrecht einstimmig beschlossen

Zur Verfassungsklage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen die Einführung eines kommunalen Ausländerwahlrechts erklärte der Justitiar der CDU/CSU-Fraktion, Manfred Langner:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einstimmig beschlossen, gegen die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer in Hamburg und Schleswig-Holstein Verfassungsklage zu erheben. Aufgrund dieses Fraktionsbeschlusses werden die zur Durchführung der Klage erforderlichen Vollmachten der Unions-Abgeordneten eingeholt. Denn nicht die Fraktion selbst, sondern ausschließlich ein Drittel der Mitglieder des Deutschen Bundestages kann nach der Verfassung einen Normenkontrollantrag beim Bundesverfassungsgericht stellen.

Die Vertretung der Fraktion vor dem Bundesverfassungsgericht übernehmen der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Theo Waigel, meine Person als Justitiar sowie der renommierte Bonner Staatsrechtslehrer Prof. Dr. Josef Isensee. Damit unterstreicht die Fraktionspitze den Rang der zu entscheidenden Verfassungsfrage.

Es dürfen keine rechtswidrigen Fakten geschaffen werden

In Zusammenarbeit mit Prof. Isensee bereite ich derzeit mit Nachdruck die Verfassungsklage vor. Wir werden die Klage voraussichtlich Mitte bis Ende Mai in Karlsruhe einreichen. In dem Normen-

kontrollantrag werden wir bezüglich Schleswig-Holstein den Erlaß einer einstweiligen Anordnung durch das Bundesverfassungsgericht anregen. Denn dort finden bereits Ende März nächsten Jahres Kommunalwahlen statt. Es dürfen keine rechtswidrigen Fakten geschaffen werden.

Die Verfassungsklage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat überhaupt nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun. Aus der Sicht der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer ist ein kommunales Wahlrecht kein vorrangiger Wunsch. SPD und Grüne, die das Thema hochspielen, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, mit der Verfassung zu spielen. Denn es geht um eine zentrale Frage des Staatsganzen, nämlich darum, das Demokratieprinzip zu wahren. Demokratie bedeutet Selbstbestimmung des Volkes, die Einführung eines Ausländerwahlrechts hingegen ist demokratiewidrige Fremdbestimmung.

Eine Ausweitung des Wahlrechts auf Ausländer würde der demokratischen Idee, daß die Teilhabe an der Entscheidungsmacht eines Verbandes die Zugehörigkeit zu diesem Verband voraussetzt, widersprechen. Dies ist nichts anderes als etwa bei der Wahl zum Vorstand eines Sportvereins, einer Gewerkschaftsorganisation oder dem Kirchenvorstand einer Pfarrgemeinde. Wer mitwählen und mitbestimmen will, muß dort Mitglied sein. Einen Moment lang muß Johannes Rau dieser Sachverhalt bewußt gewesen sein. Doch offenbar darf er nicht besserer Einsicht folgen. Deshalb sein Zick-Zack-Kurs der letzten Tage.

Von 4,5 Millionen bei uns lebenden Ausländern wohnen bereits 60 Prozent, also rund 2,6 Millionen, länger als 10 Jahre in der Bundesrepublik und erfüllen damit die wesentliche Voraussetzung, um sich einbürgern zu lassen. Aber nur ein Prozent, also rund 27.000, haben in diesen zehn Jahren einen Einbürgerungsantrag gestellt. Der Wille zur Einbürgerung und damit zur vollen Integration würde weiter vermindert, wenn einzelne Staatsbürgerrechte ohne Einbürgerung an Ausländer verliehen würden. Rechte haben auch zu tun mit Pflichten.

Die Verfechter eines Ausländerwahlrechts führen vor allem folgendes Argument an: Ausländer seien faktisch ebenso von politischen Entscheidungen im Lande betroffen wie Deutsche. Sie zahlen ebenso wie die Deutschen Steuern und müßten deshalb an den politischen Entscheidungen mitwirken dürfen. Doch diese Argumentation greift zu kurz. Wenn man solche Verbindungen herstellt, dann steht doch wohl das Wahlrecht nicht so sehr mit der Steuerpflicht als mit der Wehrpflicht in Verbindung. Von einer Forderung, eine Wehrpflicht für Ausländer einzuführen, habe ich von den Verfechtern des Ausländerwahlrechts indessen noch nichts gehört.

Kommunalwahlrecht kein Wahlrecht kleinerer Münze

Die „Betroffenheit“, also Rechtsunterworfenheit unter die deutschen Gesetze, kann darüber hinaus aber niemals ein Wahlrecht für Ausländer begründen. Das Demokratieprinzip und das Prinzip der Volkssouveränität im Sinne des Grundgesetzes stellen nicht auf eine rechtliche oder faktische Betroffenheit ab. Über die Jugendschutzgesetzgebung beispielsweise könnte anderenfalls nur oder unter maß-

geblicher Mitwirkung von Jugendlichen entschieden werden. Daß der Ausländer in der Bundesrepublik den deutschen Gesetzen unterworfen ist, wird dadurch ausgeglichen, daß er auch den Schutz und die Leistungen der deutschen Rechtsordnung genießt. Der Gesetzesunterworfenheit des Ausländers entspricht sein rechtsstaatlicher und sozialstaatlicher Schutz eben durch diese innerstaatliche Rechtsordnung. Für die Steuern, die der Ausländer zahlt, kann er etwa die Straßen oder die kommunalen Einrichtungen benutzen, die Gerichte in Rechtsstreitigkeiten anrufen, und im Hilfsfall hat er einen Anspruch auf Sozialhilfe. Wo er Mitglied ist, z. B. in der AOK, kann er auch in die Selbstverwaltungsgorgane gewählt werden.

Das Kommunalwahlrecht ist kein Wahlrecht kleinerer Münze. Es gelten hier keine anderen Grundsätze als für das Wahlrecht zum Bundestag oder zu den Landesparlamenten. Das Grundgesetz verbürgt den Gemeinden zwar das Recht der Selbstverwaltung, dieses Recht löst sie aber nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht aus dem Staatsverband.

Ziel der Ausländerpolitik der Union war und ist es selbstverständlich, ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien die Eingliederung in unsere Gesellschaft zu ermöglichen. Das Wahlrecht ist allerdings eben kein Mittel der Integration, sondern das Ergebnis und der Schlußstein eines langfristigen Integrationsprozesses. Das Wahlrecht setzt die Integration voraus, d. h., **die richtige Reihenfolge lautet: Integration — Staatsangehörigkeit — Wahlrecht.** Wer in der Bundesrepublik Deutschland bleiben und hier die Rechte des Volkssouveräns ausüben will, der muß die Staatsbürgerschaft erwerben mit allen dazugehörigen Rechten und Pflichten.

Maßnahmen gegen den Mißbrauch des Asylrechts

Das Bundeskabinett hat am 8. März 1989 den Entwürfen für eine 17. und 18. Änderungsverordnung zur Durchführungsvorschrift des Ausländergesetzes zugestimmt. Die Verordnungen bedürfen noch der Zustimmung des Bundesrates, bevor sie in Kraft gesetzt werden können. Die Bundesregierung hat damit u. a. beschlossen:

- die Sichtvermerkpflcht gegenüber Jugoslawen einzuführen und
- das sogenannte Zwischenlandeprivileg gegenüber Türken aufzuheben.

Ziel der Bundesregierung ist es, den zunehmenden Mißbrauch des Asylrechts durch sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge zu bekämpfen. 1988 haben bei uns 103.000 Ausländer Asyl beantragt. Gegenüber 1987 ist dies eine Zunahme von 80 Prozent. Dagegen hat die Anerkennungsquote weiterhin abgenommen. Sie lag 1988 bei 8,6 Prozent. Das heißt: Über 90 von 100 Asylbewerbern berufen sich zu Unrecht auf politische Verfolgung.

Die von der Bundesregierung jetzt beschlossenen Maßnahmen richten sich u. a. gegen den Mißbrauch des Asylrechts durch Jugoslawen und das sogenannte Zwischenlandeprivileg für Türken.

Die 17. Änderungsverordnung

sieht — neben der Einführung der Sichtvermerkpflcht gegenüber 14 afrikanischen, asiatischen und südamerikanischen Staaten — die Aufhebung der Befreiung von der Aufenthaltserlaubnispflicht und Paßzwang im Flugdurchgangsverkehr für eine einmalige Zwischenlandung im Bundesgebiet für türki-

sche Staatsangehörige vor. Diese Maßnahme ist dringend erforderlich, weil im vergangenen Jahr bereits rund 7.500 türkische Asylbewerber unter Ausnutzung des Zwischenlandeprivilegs im Bundesgebiet eingereist sind.

Die 18. Änderungsverordnung

sieht die Sichtvermerkpflcht für Jugoslawen vor. Diese Maßnahme ist unumgänglich geworden, da die Zahl der jugoslawischen Asylbewerber auf über 20.000 im Jahr 1988 gewachsen und damit gegenüber dem Vorjahr um 342 Prozent gestiegen ist. Die Anerkennungsquote bei Jugoslawen betrug 0,2 Prozent.

Die Bundesregierung erwartet, daß die von der jugoslawischen Regierung angekündigten Maßnahmen so schnell wie möglich in die Tat umgesetzt werden; sie könnten einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung des Zustroms von Asylbewerbern aus Jugoslawien leisten.

BDI: 1,5 Millionen offene Stellen

Wie der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Tyll Necker, der Presse gegenüber erklärte, beträgt die Zahl der offenen Stellen 1,5 Millionen und nicht 215.655, wie sie die Bundesanstalt für Arbeit Ende Februar ausgewiesen hat. Damit haben Industrie und Handwerk zum ersten Mal den von der Bundesanstalt veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen nicht nur widersprochen, sondern ihnen das Ergebnis eigener Zählungen gegenübergestellt.

Norbert Blüm: Die Erfolge sind schneller eingetreten als erwartet

Frage: Ihre Gesundheitsreform wird als einer der Gründe für das schlechte Abschneiden der CDU in Berlin genannt. Waren Sie darauf gefaßt, daß die Reform mit Stimmeinbußen bezahlt wird?

Blüm: Was erwarten eigentlich die Bürger von den Politikern? Erwarten sie kopfnickende Geschenkkonkels oder erwarten sie, daß die Probleme der Zukunft rechtzeitig angegangen werden? Falls sie das erste erwarten, dann bin ich der Falsche. Daß die Gesundheitsreform keine Vergnügungsfahrt ist, das wußte ich vorher. Deswegen ist sie ja früher auch nicht versucht worden. Das heißt, sie ist schon einmal versucht worden, war aber auf halber Strecke zu Ende.

Frage: Sie sind also mutiger gewesen?

Blüm: Wer die Reform nicht anpackt, programmiert den Zusammenbruch. Man kann ja wie auf der Titanic Champagner trinken und tanzen und sich um die Eisberge nicht kümmern. Aber das Beispiel Titanic lehrt, nicht vorhandenes Problembewußtsein ist kein Beweis, daß es keine Eisberge gibt.

Frage: Ist das nicht das Hauptproblem der Gesundheitsreform? Jeder kennt doch an seinem Arbeitsplatz Kollegen, die wegen jedes Wehwechens zum Arzt rennen. Zum einen, weil sie Hypochonder sind. Zum anderen, weil sie etwas von ihrem Krankenkassen-Beitrag haben wollen.

Blüm: Ja, das ist die Herausholer-Gesellschaft. Beispiel für diese Mentalität ist das letzte halbe Jahr vor der Gesundheitsreform. Da sind die Ausgaben für Zahnersatz um 43 Prozent gestiegen. Und es wird wohl niemand sagen können, daß der Zustand der Zähne sich im zweiten Halbjahr 1988 so ungeheuer verschlech-

tert hätte. Bei Brillen und Hörgeräten gab es ähnliche Steigerungen. Das zeigt, daß dieses System völlig widerstandslos war gegen jedweden Konsumentenwunsch.

Frage: Was haben Sie gegen Konsumentenwünsche?

Blüm: Nichts. Ich gönne jedem Konsumenten seinen Wunsch. Meinetwegen kann er sich zwölf Monate im Jahr in Kur begeben. Nur nicht auf Kosten der Solidargemeinschaft. Darum geht es doch. Ich maße mir nicht an zu entscheiden, was einer für Gesundheit ausgeben darf. Das ist seine Sache. Die Frage ist: Was

Aus einem Interview mit der „Frankfurter Neuen Presse“

bezahlt die Pflichtgemeinschaft? Das Bewußtsein, daß eine Solidargemeinschaft Verantwortung aller Beteiligten braucht, ist den Leuten abhanden gekommen. Ein alter Bergmann hat seine Knappschafft nie betrogen. Aber eine Schickimicki-Gesellschaft fragt nicht nach solidarischem Verhalten. Wichtig für unsere Zukunft wird sein, ob wir Balance halten können zwischen der Individualisierung und dem Gemeinwohl.

Frage: Hat die verbreitete Abneigung gegen Ihre Gesundheitsreform auch damit zu tun, daß Ihnen die öffentliche Unterstützung fehlte? David Blüm kämpfte gegen mehrere Goliaths.

Blüm: David hat aber gewonnen. Deshalb setze ich auch auf die alttestamentarische Erfahrung.

Frage: Ihre Zuversicht ehrt Sie. Aber wie kommt es, daß Sie so allein auf weiter Flur standen? Gegen Ärzte und Kassen?

Blüm: Die Kassen sind halt auch gewohnt, beliebt zu sein, weil sie austreten. Und zu Zahnärzten fällt mir inzwischen nur noch wenig ein. Die wollen jetzt einen Prozeß gegen mich führen, ob der Kostenvorschlag weiterhin von der Krankenkasse bezahlt wird. Wenn ich mir von einem Schreiner einen Kostenvorschlag machen lasse, kommt der doch nicht auf die Idee, sich das bezahlen zu lassen. Die Zahnärzte haben das über Jahrzehnte bezahlt bekommen. Wir haben es gestrichen. Jetzt wollen sie dagegen prozessieren, dieselben Leute, die bei der Steuerreform 20 000 Mark gewonnen haben. Da ist der Sinn für das Ganze zerfallen.

Frage: *Ergeht es Ihnen nicht ähnlich wie dem Finanzminister Stoltenberg mit der Steuerreform? Die Öffentlichkeit nimmt hauptsächlich die Nachteile zur Kenntnis. Also wird beiden Ministern vorgehalten, sie hätten ihre Reform nicht gut verkauft.*

Blüm: Daß es angeblich an der „Verkaufe“ liegt, das kann ich nicht mehr hören. Genauso wie das Gerede von Taktik und Strategie. Die Bürger sind doch keine Schmetterlinge, die ich mit dem Netz fangen muß. Und was heißt verkaufen. Die Gesundheitsreform ist doch kein Haarwasmittel.

Frage: *Rührt die Abneigung gegen die Reform nicht auch von Desinformation? Soviel hat sich ja nicht geändert. Weder an der normalen ärztlichen Behandlung noch bei der normalen zahnärztlichen. Und die Erhöhung der Verordnungsgebühr von zwei auf drei Markt hält sich in Grenzen. Warum also der Aufschrei?*

Blüm: Das frage ich mich auch.

Frage: *Etwa weil der Patient Taxi nur noch auf eigene Kosten benutzen oder zuzahlen muß?*

Blüm: Taxi ist ein gutes Beispiel. 1970 haben wir für Krankentransporte einschließlich Taxifahrten 184 Millionen

ausgegeben. Da hatten wir 13 Millionen Pkw. 1987 hatten wir 26 Millionen Pkw und haben für Krankentransporte 1,7 Milliarden ausgegeben. Wir kürzen das auf eine Milliarde Mark, das ist immer noch sechsmal soviel wie 1970. Es hat sich eingebürgert, den Krankenschein als allgemeines Zahlungsmittel zu betrachten. Demnächst hätte man wahrscheinlich auch Joghurt auf Krankenschein gekauft.

Frage: *Aber dabei haben viele Ärzte mitgespielt.*

Blüm: Ja. Deshalb sage ich, eine Gesellschaft kommt nicht aus ohne Leitfiguren. Und das Gesundheitssystem hat die Leitfigur Arzt. Und an sein Standesethos sind auch seine Vorrechte gekoppelt. Von seiner besten Tradition her ist der Arzt Volkserzieher. Er ist näher am Seelsorger als am Verkäufer. Wer diese Rollen wechselt, verwandelt sich in einen Geschäftsmann und wird auch so behandelt.

Frage: *Meinen Sie die ärztliche Polemik gegen die Gesundheitsreform?*

Blüm: Die Ärzte, die ihren Warteraum vollgehängt haben mit Plakaten wie einen politischen Versammlungsraum, haben eigentlich den schärfsten Angriff auf sich selber gerichtet. Nämlich auf die Tabuzone Arzt-Patient. Man kann den Ärzten nur Tabuzonen lassen, wenn sie Tabubedingungen einhalten. Eine der Tabubedingungen heißt: das Wartezimmer bleibt politikfrei. Eigentlich hätte es einen Aufschrei geben müssen. Es war so, als würde ein Pfarrer ein CDU-Plakat in den Beichtstuhl hängen.

Frage: *Würden Sie denn, nach allem, was Sie durchgemacht haben, nochmal gegen die Übermacht Ihrer vielen Widersacher antreten?*

Blüm: Ja, denn die Erfolge der Reform sind größer und auch schneller eingetreten, als ich es erwartet hatte. Wir hatten

zum Jahreswechsel den durchschnittlichen Krankenversicherungsbeitrag zunächst auf 13,4 Prozent geschätzt. Vor dem Dezember haben wir die Schätzung auf dreizehn zurückgenommen. Endgültiger Stand ist 12,9 Prozent. Ein weiteres Beispiel sind die Brillen. Als wir gesagt haben: Festbetrag zwanzig Mark, haben alle gesagt, dafür wird es nie Gestelle geben. Ich sagte: Abwarten, ich vertraue auf die Marktwirtschaft. In der Hälfte der 7400 Optikerläden gibt es bereits Brillengestelle zum 20-DM-Festbetrag. Der Versicherte muß dabei nicht zuzahlen. Ist das nichts?

Frage: *Und was ist mit den Festbeträgen für Medikamente?*

Blüm: Meiner Meinung nach ist das der originellste Einfall, den wir bei der Reform hatten. Die Festbeträge wirken bereits prophylaktisch bei der Pharmaindustrie. Eine große Firma in Süddeutschland hat ihre beiden umsatzstärksten Arzneimittel um 25 und 30 Prozent gesenkt. Festbetrag heißt: Solidarisch sichern wir das Notwendige ab. Wer Sonderwünsche hat, muß es sich etwas kosten lassen. Wir haben zum ersten Mal die Nachfragemacht der Kassen gebündelt eingesetzt.

Frage: *Im Zusammenhang mit der sogenannten Überforderungsklausel hat man Ihnen vorgeworfen, Sie traktierten die Versicherten mit Bürokratie.*

Blüm: Wenn die Versicherten Eintragungen in ein Buch machen, das die Kasse ihnen gibt, was soll daran schlimm sein? Das hat sogar einen pädagogischen Zweck. Die Versicherten müssen sich erstmals damit beschäftigen, was das überhaupt kostet. Das ganze Gerede hat sie bisher noch nie interessiert. Das ganze Gesabbel vom Kostenbewußtsein ist in den Wind gesprochen, wenn es nicht gekoppelt ist an ein wirtschaftliches Interesse.

Frage: *Glauben Sie wirklich, daß man die Mehrheit der Versicherten dazu erziehen kann, sich kostenbewußt zu verhalten?*

Blüm: Wer sich nicht dafür interessiert, was es kostet, bezahlt, wenn er unter die Überforderungsklausel fällt, mehr als er bezahlen müßte. Außerdem gibt es Modellversuche mit Beitragsrückerstattung. Man erhält bis zu einem Monatsbeitrag zurück, wenn man seine Krankenkasse nicht oder nur wenig in Anspruch genommen hat. Davon verspreche ich mir viel. Dieses Bonus-System könnte die Bagatellfälle zurückdrängen.

Frage: *Mit Ihrer Reform wollen Sie die Versicherten dazu erziehen, nicht wegen jeder Kleinigkeit zum Arzt zu rennen, dafür aber Gesundheitsvorsorge zu treiben. Besonders bei den Zähnen. Trauen Sie der Reform diese Erziehungsarbeit zu?*

Blüm: Rom ist auch nicht an einem Tag erbaut worden. Mentalitäten ändern sich nicht über Nacht. Früheren Generationen war es besser bekannt, daß Gesundheit etwas mit Eigenverantwortung zu tun hat. Dieser Konsumgesellschaft ist das etwas abhanden gekommen. Insofern ist die Krankenversicherung nur Teil einer Gesamtentwicklung. Es ist die schreckliche Utopie einer Gesellschaft der Rundum-Betreuten. Eine Gesellschaft, in der es für alles Pillen gibt. Dagegen hilft nur stärkere Eigenverantwortung. Es gibt ja eine neue Form der Ausbeutung. Da beutet kein Kapitalist den Proletarier aus. Da beutet der Clevere, in Kenntnis aller sozialstaatlichen Techniken, den aus, der sich jeden Morgen zur Arbeit schleppt. Das ist ein neuer Konflikt. Überspitzt formuliert: Ein Konflikt zwischen Aussteigern und Arbeitern. Die Cleverness als neue Form der Ausbeutung.

Frage: *Und dagegen kämpfen Sie mit der Gesundheitsreform?*

Blüm: Ja!

Schluß mit den Schüssen an der Berliner Mauer

Die Bundesregierung verurteilt die erneuten Zwischenfälle an der Berliner Mauer, bei denen DDR-Grenzsoldaten auf Deutsche geschossen haben, als schwere Belastung für die innerdeutschen Beziehungen. Wenn Deutsche, die aus der DDR zu uns kommen wollen, mit Gewaltanwendung daran gehindert, ja getötet oder verletzt werden, so muß die DDR-Führung hierfür die volle Verantwortung tragen.

Die DDR verstößt mit solcher Gewaltanwendung in eklatanter Weise gegen Geist und Inhalt der KSZE-Schlußakte, in der sie sich zur Wahrung der Menschenrechte verpflichtete; sie hat diese Verpflichtung im Schlußdokument des Wiener KSZE-Folgetreffens jüngst nochmals bekräftigt. Die DDR-Führung sollte so schnell wie möglich die Gewaltanwendung an den Grenzen durch Deutschland beenden. Wer auf Menschen schießen läßt, beeinträchtigt in erheblichem Maße die Atmosphäre für eine friedliche Nachbarschaft und für die Entwicklung guter innerdeutscher Beziehungen auf allen Feldern.

Die Absage des geplanten Treffens von Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann mit SED-Generalsekretär Honecker und seines Besuchs der Leipziger Messe ist ein konsequentes Signal nach den menschenverachtenden Vorfällen, das von der DDR-Führung richtig verstanden werden sollte.

Welche Justiz will die AL?

Aus einem Kurzinterview des Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatts mit Christian Ströbele, Alternative Liste (AL), Berlin:

„Ein Ziel ist die Entkriminalisierung in der Strafjustiz, also, daß wir endlich vom Strafen wegkommen. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, daß in Berlin seit langem eine Anweisung besteht, Kaufhausdiebstähle oder ähnliche Delikte von ganz geringem Wert kompromißlos zu verfolgen. Es ist danach für Staatsanwälte unmöglich, diese Verfahren einzustellen. Das wollen wir genau umkehren.“

„Wir haben mit der SPD vereinbart, alle sechs Abteilungen der politischen Staatsanwaltschaft aufzulösen. Delikte, die hier anfallen, sollen künftig beim normalen Buchstabendezernat verhandelt werden.“

„Auflösen wollen wir aber nicht nur die politischen Abteilungen, sondern auch die Sonderabteilungen für Ausländer und für jene Delikte, die in den Gefängnissen passieren.“

„Auch wollen wir den offenen Vollzug endlich zum Regelvollzug machen und haben mit der SPD vereinbart, den Hochsicherheits-trakt abzuschaffen. Diesen Trakt möchten wir nun zu einem Werkstatt- und Freizeitbereich umbauen.“

Rot-Grün durch SPD-Wortbruch Verrat an Berlin

Nach dem Wortbruch serviert die SPD den Berlinern jetzt die Rechnung:

1. 1,4 Milliarden Neuverschuldung
2. Gebührenerhöhungen
3. Hart gegen die Polizei, nachgiebig gegen Gewalttäter und Rechtsbrecher
4. Wahlrecht für alle Ausländer: Berlin als Auffangbecken für Wirtschaftsasylanten
5. Stopp für Stadtautobahnen: Verkehrsblockade
6. Zensur statt Medienfreiheit
7. Stopp für Akademie der Wissenschaften und Blockade der Forschung
8. Privatschulen werden ausgehungert

Ein alter Berliner zu SPD-Momper: »Ich will meine Stimme zurück.« So denkt die Mehrheit der Berliner.

Die Forschungsgruppe Wahlen hat festgestellt:

1. Sind Sie mit einem SPD-AL-Senat einverstanden?

nein: 59 % ja 37 %

2. Neuwahlen zum jetzigen Zeitpunkt fänden

gut: 59 % nicht gut: 38 %

3. Wen hätten Sie am liebsten als Regierenden Bürgermeister?

Diepgen: 58 % Momper: 18 %.

SPD und Grüne wollen Berlin zum Modell für unser Land machen. Das muß verhindert werden. Stoppt rot-grün.

CDU



Die Zukunft

SPD und AL wollen Akademie der Wissenschaften dichtmachen

Kaum mehr als ein Jahr nach ihrer Gründung soll die Akademie der Wissenschaften zu Berlin ihre Tore wieder schließen. Dies haben SPD und AL in einer Nacht- und Nebelaktion beschlossen. Fachliche Gründe für diese Entscheidung sind nicht erkennbar. Ideologische Gründe scheinen den Ausschlag gegeben zu haben. Denn diese Entscheidung ist nicht nur ein herber Schlag gegen die Forschungslandschaft in Berlin, sondern auch ein massiver und unverhüllter Angriff auf Freiheit und Selbständigkeit der Wissenschaft.

Weitgehende Freiheit von äußerem, vor allem staatlichem Einfluß auf die personelle Zusammensetzung und die Sacharbeit ist eines der konstitutiven Merkmale der Akademie. Deshalb ist sie eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Recht der Selbstverwaltung. Ihr Gesamtetat 1988 von 11 Mio. DM wurde zum größten Teil vom Land Berlin aufgebracht (8 Mio. DM).

Zur Zeit werden sieben Projekte bearbeitet:

- Automatisierung, Arbeitswelt und künftige Gesellschaft
- Umweltstandards am Beispiel des Strahlenrisikos
- Erfolgsbedingungen von technischen Innovationen
- Sonnenenergienutzung
- Altern und gesellschaftliche Entwicklung
- Exodus von Wissenschaften aus Berlin
- Wechselwirkungen zwischen Geometrie und Physik.

Jürgen Rüttgers, Vorsitzender der Enquete-Kommission Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung des Deutschen Bundestages: Die Akademie der Wissenschaften zu Berlin könnte mit ihrer Struktur und Besetzung zu einem wichtigen Zentrum des wissenschaftlichen Gesprächs über Fach- und Landesgrenzen hinweg werden. Der Akademiegedanke bietet darüber hinaus die geeigneten organisatorischen Ansatzpunkte für neue Formen der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik. Da die Wissenschaft gerade heute nicht weniger, sondern mehr Autonomie braucht, brauchen wir keine Zerschlagung, sondern eine Stärkung und Fortentwicklung des Akademiegedankens. Die Entscheidung von SPD und AL in Berlin deutet leider in eine andere Richtung: Nicht mehr die wissenschaftliche Qualifikation allein, sondern vor allem das politische Wohlverhalten zählt.

Zerschlagen als Konzession

RIAS: Die Auflösung der Akademie der Wissenschaften ist vorgesehen...

Peter Glotz (SPD): Natürlich ist jetzt viel Geld und auch guter Wille und Kraft in die Akademie investiert worden. Und ob das Zerschlagen nun wirklich eine kluge Entscheidung ist, bezweifle ich auch. Nur kann ich mir eines denken: Die SPD hat sich ja in sehr vielen Fragen gegenüber der AL durchgesetzt. Dies dürfte eine der Konzessionen gewesen sein, die man an die AL gemacht hat.

Lothar Späth und Heiner Geißler in Ludwigsburg:

Im Europawahlkampf geht es um mehr als den Binnenmarkt

Die CDU muß im Europawahlkampf mit umfassenden Zukunftsvisionen die Wähler begeistern und sich mit den politischen Gegnern schärfer als bisher auseinandersetzen. Dies empfahlen Ministerpräsident Lothar Späth und Generalsekretär Heiner Geißler den Teilnehmern der baden-württembergischen Europawahl-Regionalkonferenz am 11. März 1989 in Ludwigsburg. Rund 600 Funktionsträger der Südwest-CDU waren am letzten Samstag in das „Forum am Schloßpark“, ein neuerbautes Kultur- und Kongreßzentrum, gekommen.

Ministerpräsident Späth sagte, eine funktionierende Europapolitik sei „die einzige Chance zur Lösung der Zukunftsprobleme unseres Landes“. Die Bevölkerung bestehe aber nicht nur aus Wirtschaftsfachleuten. Mit dem Hinweis, der Binnenmarkt werde ein Wirtschaftswachstum von fünf Prozent möglich machen, lasse sich insbesondere bei jungen Leuten nur wenig Begeisterung wecken: „Wenn ich das meinen Kindern erzähle, dann fragen die: Und das solls sein?“

Zukunftsvision statt Details von gestern

Die CDU, so Späth, müsse eine Vision von einem freien und offenen Europa der Zukunft entwerfen. Wenn man bei der nächsten Europawahl im Jahr 1994 dem Parlament den Auftrag erteile, eine Europäische Verfassung auszuarbeiten und bei der darauffolgenden Wahl 1999 die Bevölkerung über diese Verfassung abstimme, „dann haben wir zum 1. 1.

2000 die Vereinigten Staaten von Europa“. Der CDU werde es gut tun, „wenn sie weniger über die Details von gestern oder heute reden, sondern eine Zukunftsvision entwickeln würde“.

Generalsekretär Geißler kritisierte in seiner Rede die Europafeindlichkeit von SPD, Grünen und Rechtsradikalen: Die SPD schüre Angst, wenn sie behauptete, der Binnenmarkt werde als Vorwand zum Abbau sozialer Rechte dienen, die Grünen sprächen in ihren Stellungnahmen vom Binnenmarkt als neuer gefährlicher Bedrohung, und die Rechtsextremen schürten primitiven Ausländerhaß.

Die Republikaner bezeichnete Geißler als „Malzkaffeepartei“: „Braun, billig und von vorgestern.“ Wer in einem Fernsehwahlspot Bilder von ausländischen Kindern mit dem „Lied vom Tod“ unterlege, zeige ein völlig gestörtes Verhältnis zur Würde des Menschen. „Mit solchen Leuten reden wir nicht einmal. Die bekämpfen wir“, rief Geißler unter dem Beifall der Konferenzteilnehmer. Den Wählern der Republikaner hielt Geißler vor, sie hätten mit ihrer „Denkzettel“-Wahl nun das Gegenteil dessen erreicht, was sie eigentlich wollten. Die SPD gebe linksradikalen Chaoten Regierungsposten in Berlin. „Die Polizisten werden in Berlin demnächst die vermummten Demonstranten grüßen müssen — es könnten ja Vorgesetzte dabei sein“, sagte Geißler. Den Mißbrauch des Asylrechts gelte es zu beenden, „nicht durch Reden, sondern durch Handeln“. Dieses Thema dürfe aber nicht vermischt werden mit der Haltung gegenüber Ausländern insgesamt.

Als Land in der Mitte Europas und als Exportnation Nummer eins in der Welt könne sich die Bundesrepublik keine Fremdenfeindlichkeit leisten. Dies verbiete im übrigen auch schon das christliche Menschenbild.

Im Europawahlkampf muß es nach Ansicht Geißlers auch darum gehen, die Reformpolitik der Bundesregierung offensiv darzustellen. Die „sozialdemagogische Kampagne“ der SPD gegen die Reform im Gesundheitswesen und gegen die Steuerreform habe die Menschen verwirrt. In Wahrheit treibe die Gesundheitsreform mit ihren Härte- und Überforderungsklauseln keinen Kranken in die Armut. Und durch die Steuerreform werde jeder Berufstätige deutlich weniger Steuern zahlen müssen als früher.

„Euromarkt 2000“ und „Deutschland am Wochenende“

Bundesgeschäftsführer Peter Radunski stellte in einem Dia-Vortrag Strategie und Werbemittel der CDU im Europawahlkampf vor. Die Hauptwahlkampfphase werde nach Pfingsten beginnen. Hier werde der Schwerpunkt von Plakatierung und Hörfunk- und Fernsehspots liegen. Auf die Plakatierung könne nicht verzichtet werden: „Die CDU darf die Plakatewände nicht anderen überlassen“, sagte Radunski. Er bat die Konferenzteilnehmer, in ihren Orts- und Kreisverbänden nachdrücklich auf die Briefwahl hinzuweisen und ein Verteilersystem für die zwei Ausgaben von „Deutschland am Wochenende“ zu organisieren. Für die Mobilisierung der Mitglieder und der Öffentlichkeit und für ein breites Medienecho vor Ort sei die aktive Mitarbeit der Kreisverbände beim „Euromarkt 2000“ sehr wichtig, der vom 2. Mai bis zum 16. Juni in 90 Städte in allen CDU-Landesverbänden gehe.

Regionalkonferenzen im Rahmen des Europawahlkampfes 1989

Die Bundesgeschäftsstelle gibt Ihnen noch einmal die Termine für die weiteren Regionalkonferenzen im Rahmen des Europawahlkampfes bekannt, damit Sie sich darauf einrichten und vor allem die nötigen Vorbereitungen dafür treffen können, mit möglichst vielen Parteifreunden an den Veranstaltungen Ihres Landesverbandes teilzunehmen.

- **Mittwoch, 5. April 1989:**
Regionalkonferenz Schleswig-Holstein und Hamburg
(mit dem Bundeskanzler)
Holstenhalle, Halle II
Neumünster, 18.15 Uhr
- **Samstag, 22. April 1989:**
Regionalkonferenz Hessen
(mit dem Generalsekretär)
Rhein-Main-Halle, Saal 1
Wiesbaden, 10 Uhr
- **Samstag, 22. April 1989:**
Regionalkonferenz Rheinland-Pfalz
(mit dem Generalsekretär)
Weiler bei Bingen, 14 Uhr
- **Mittwoch, 26. April 1989:**
Regionalkonferenz der CDU in Niedersachsen und LV Bremen
(mit dem Bundeskanzler)
Weser-Ems-Halle
Oldenburg, 17.30 Uhr
- **Samstag, 29. April 1989:**
Regionalkonferenz Saar im Rahmen des Landesparteitages
(mit dem Generalsekretär)
Saarlandhalle
Saarbrücken, 10 Uhr
- **Freitag, 19. Mai 1989:**
Europawahlkampfveranstaltung NRW
(mit dem Generalsekretär)
Festsaal, Hotel Lindenhof
Münster, 17.30 Uhr

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Neu im Angebot:



CDU-Sonnenschirm in verbesserter Qualität

Den CDU-Sonnenschirm gibt es jetzt in einer neuen, verbesserten Qualität.

Der neue Bezugsstoff (100% Polyester) wird im Transferdruck bedruckt, wodurch sich folgende Vorteile ergeben:

- Der Schirm ist knitterfrei, wasserabweisend und schmutzunempfindlicher, das heißt, die Werbewirksamkeit des neuen CDU-Schirms bleibt länger erhalten.

Bestell-Nr.: 0458

Mindestabnahme: 1 Schirm

Preis je Mindestabnahme: 75, — DM

Alle Preise inkl. Versand

zugügl. MwSt.

Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

UID

9/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.